

17. Aug. 2007

zu 1083 J

Die Bundesministerin für europäische  
und internationale Angelegenheiten

Dr. Ursula Plassnik

Frau Präsidentin des Nationalrates  
Mag. Barbara PRAMMER  
Parlament  
1017 Wien

17. August 2007

GZ.BMeiA-XX.2.13.33/0071-II.4/2007

Die Abgeordneten zum Nationalrat Petra Bayr, Kolleginnen und Kollegen, haben am 21. Juni 2007 unter der Nr. 1083/J-NR/2007 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „humanitäre Situation und Situation der unabhängigen zivilgesellschaftlichen Nichtregierungsorganisationen (NRO) im Gazastreifen“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

**Zu den Fragen 1, 2 und 6:**

Das österreichische Engagement in den palästinensischen Gebieten umfasst die Bereiche Gesundheit, Wasser, Kapazitätsentwicklung, Konfliktprävention und Friedenssicherung. Für 2007 stehen € 2,5 Mio. sowie € 600.000 im regionalen Programm zur Verfügung.

Österreich unterstützt die Bevölkerung in Gaza durch direkte österreichische Maßnahmen, durch Beiträge an UN-Organisationen, insbesondere an die United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East (UNRWA) und durch aktive Mitgestaltung und finanzielle Unterstützung der Maßnahmen der EU.

-2-

**Direkte österreichische Maßnahmen 2007:**

- Renovierung der beschädigten Wohnhäuser des Austrian Housing Projects in Khan Younis; Budget: EUR 410.000;
- Bau und Inbetriebnahme einer Meerwasserentsalzungsanlage im mittleren Gaza Streifen; Budget: EUR 3.542.600;
- Renovierung von Gesundheitszentren im Gaza Streifen; Budget: EUR 357.000;
- Beschäftigungsprogramm für arbeitslose UniversitätsabsolventInnen; Budget: EUR 368.000;
- Zusätzlich unterstützte Österreich im Vorjahr eine Reihe von humanitären Nothilfeprogrammen in Zusammenarbeit mit UNICEF, Islamic Relief (Ernährungsprogramm) und der palästinensischen Handelskammer in Gaza.

Österreich unterstützt UNRWA bei der humanitären Grundversorgung der palästinensischen Flüchtlinge in der West Bank, im Gaza Streifen und in Ostjerusalem. Unter anderem wurden auch zerstörte Wohnhäuser im Rafah Flüchtlingslager (südlicher Gaza Streifen) wieder aufgebaut. Die freiwilligen Beiträge Österreichs betragen € 488.797,14 (2004); € 735.626,07 (2005) und € 744.266,83 (2006). In den Bundesvoranschlägen 2007 und 2008 stehen jeweils € 745.000 zur Verfügung. Darüber hinaus leistet Österreich 2007 eine Unterstützung von € 750.000 zum UNRWA Emergency Appeal 2007.

Die Schlussfolgerungen des Rats der EU-Außenminister vom 23. Juli d.J. bekräftigen, dass die EU alles unternehmen wird, um die Versorgung der Bevölkerung im Gaza-Streifen mit humanitärer Hilfe zu gewährleisten. Alle betroffenen Parteien werden aufgefordert, die Öffnung aller Grenzübergänge für humanitäre und kommerzielle Güter zu ermöglichen. Insbesondere verweisen die EU-Außenminister auf die Notwendigkeit der Öffnung des Grenzübergangs in Rafah, wo die EU Border Assistance Mission jederzeit bereit steht, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen. Zu dieser Mission leistete Österreich durch die Entsendung einer Zollexpertin bis Ende Juni 2007 einen direkten Beitrag.

-3-

Während des österreichischen EU-Vorsitzes 2006 wurde zur Abwendung der drohenden humanitären Katastrophe der Temporary International Mechanism (TIM) geschaffen. Österreich unterstützt im Rahmen von TIM den Gesundheitssektor (Bereitstellung von Medikamenten und Gebrauchsgütern für die medizinische Versorgung) mit € 1.000.000,- (2007).

EU-Sonderbeauftragter Marc Otte und der Hohe Beauftragte für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana unterhalten ebenso wie Kommissarin Dr. Benita Ferrero-Waldner regelmäßigen Kontakt zu israelischen Regierungsstellen, um die Versorgung der Bevölkerung in Gaza sicher zu stellen.

Im Rahmen einer „Task Force on Project Implementation“, die seit 1997 besteht, führt die gesamte Gebergemeinschaft einen regelmäßigen Dialog mit Israel, um die Durchführung aller Hilfsprojekte, insbesondere der ausreichenden humanitären Versorgung zu gewährleisten. Die EU-Mitgliedstaaten sind dabei vollinhaltlich eingebunden.

#### **Zu den Fragen 3 und 4:**

Gemeinsam mit Dänemark, Schweden und der Schweiz unterstützt Österreich Menschenrechtsorganisationen in den Palästinensischen Gebieten im Rahmen des Programms „Mu'ssasat“. Direkte Kooperationspartner in diesem Programm sind das „Al-Mezan Center for Human Rights“, die „Al-Dameer Association for Human Rights“ und das „Palestinian Centre for Human Rights“. Diese Organisationen erhalten sowohl finanzielle als auch personelle Unterstützung bzw. Beratungsleistungen. Ihre Anliegen werden gegenüber den israelischen Behörden in gesammelter und koordinierter Weise vorgetragen und vertreten.

Die Frage der Bewegungs- und Reisefreiheit dieser und anderer unabhängiger Hilfs- und Menschenrechts-NGOs werden von der EU gegenüber Israel regelmäßig angesprochen, einschließlich im Rahmen der während der österreichischen EU-Präsidentschaft initiierten informellen Menschenrechtskonsultationen zwischen der EU und Israel.

**Zu Frage 5:**

Das BMeiA verfolgt die Situation der Medien in Gaza über das Vertretungsbüro in Ramallah, das Gaza mitbetreut. Medien und Medienfreiheit waren auch zentrale Themen im Rahmen der Ende Mai d.J. von mir veranstalteten internationalen Konferenz „Women Leaders - Networking for Peace and Security in the Middle East“. Die Teilnehmerinnen des im Rahmen der Konferenz stattfindenden Medien-Workshops verabschiedeten Empfehlungen für weitere Initiativen zu Medienkooperation und Pressefreiheit. Diesbezügliche Projekte sind dzt. im Planungsstadium und werden die Situation in Gaza ebenfalls berücksichtigen.

Im Juli 2007 startete die EU ein Projekt zur Unterstützung palästinensischer JournalistInnen mit einem Budget von € 850.000. Das Projekt involviert 220 JournalistInnen und Medien-Fachleute und hat zum Ziel, die Kooperation und gegenseitige Unterstützung von JournalistInnen aus Gaza und aus dem Westjordanland zu verstärken, weiters wird es um die Rolle von Medien in demokratischen Gesellschaften gehen. Durchgeführt wird das Projekt vom BBC World Service Trust.

